

- 28 Karl Marx und die Gründung der I. Internationale, S. 101.
29 Ebenda.
30 Ebenda, S. 102.
31 Karl Marx: Adresse an die Nationale Arbeiterunion der Vereinigten Staaten. In: MEW, Bd. 16, S. 356/357.
32 Marx an Friedrich Bolte, 23. November 1871. In: MEW, Bd. 33, S. 333.

Erich Kundel

Marx' „Bürgerkrieg in Frankreich“ und das konterrevolutionäre Komplott der Versailler und der deutschen Regierung zur Niederschlagung der Pariser Kommune¹

Zu recht betonen wir anlässlich des 120. Gründungstages der Internationalen Arbeiterassoziation die in der Inauguraladresse erhobene Forderung nach einer eigenen außenpolitischen Konzeption für die Arbeiterbewegung. Die zahlreichen Stellungnahmen des Generalrats zu den Fragen von Krieg und Frieden, der Kampf der Internationale gegen den Militarismus waren von prinzipieller Bedeutung für die Entwicklung der Arbeiterbewegung in den einzelnen Ländern zu einem Vorkämpfer im Ringen um Frieden, Demokratie und gesellschaftlichen Fortschritt. Das zeigte sich besonders während des deutsch-französischen Krieges und in der Zeit der Pariser Kommune, als die Arbeiterklasse zum erstenmal den Versuch unternahm, in der Metropole Frankreichs eine proletarische Staatsmacht zu errichten.

Im „Bürgerkrieg in Frankreich“ gibt Marx im Namen des Generalrats der Internationale eine wissenschaftlich begründete Analyse über das Wesen der Pariser Kommune als eine „Regierung der Arbeiterklasse“, als „die endlich entdeckte politische Form, unter der die ökonomische Befreiung der Arbeit sich vollziehen konnte“.² Diese Entdeckung war nicht nur von entscheidender Bedeutung für die Entwicklung der Strategie und Taktik bei der Ausprägung programmatischer Zielvorstellungen. Sie war ebenso wichtig für die Entwicklung des proletarischen Internationalismus, wie er ja auch tatsächlich in den Solidaritätsaktionen der Arbeiterbewegung während und auch nach der Kommune seinen Ausdruck gefunden hat.

Marx hat sich jedoch im „Bürgerkrieg in Frankreich“ auch eingehend mit der Strategie und Taktik der herrschenden Klassen gegenüber diesem ersten Versuch zur Errichtung der politischen Herrschaft der Arbeiterklasse beschäftigt. Gewiß waren die Informationen über die Machenschaften zwischen Versailles und Berlin für Marx sehr spärlich. Die geheimen Komplote der Reaktion gegen die revolutionäre Bewegung haben seit eh und je das Licht der Öffentlichkeit gescheut. Trotzdem hat es Marx wie keiner seiner Zeitgenossen verstanden, an der Haltung der Versailler und der deutschen Regierung gegenüber der Kommune das prinzipiell Neue in den Beziehungen zwischen den bürgerlichen Regierungen und einer proletarischen Staatsmacht zu enthüllen.

Im „Bürgerkrieg in Frankreich“ trifft Marx zu dieser Frage eine bemerkenswerte

Feststellung. Er schreibt dort im IV. Abschnitt, in dem er sich vor allem mit der Unterstützung der Versailler durch die deutsche Regierung bei der Niederschlagung der Kommune beschäftigt: „Der höchste heroische Aufschwung, dessen die alte Gesellschaft noch fähig war, ist der Nationalkrieg, und dieser erweist sich jetzt als reiner Regierungsschwindel, der keinen andern Zweck mehr hat, als den Klassenkampf hinauszuschieben, und der bei Seite fliegt, sobald der Klassenkampf in Bürgerkrieg auflodert.“³ So schreibt also Marx im Mai 1871, als der Kampf der Kommunisten zur Verteidigung ihrer Errungenschaften in sein entscheidendes Stadium getreten war. Und er knüpft an diese Einschätzung eine für die Ausarbeitung einer eigenen Außenpolitik des Proletariats außerordentlich wichtige Feststellung: „Die Klassenherrschaft ist nicht länger im Stande, sich unter einer nationalen Uniform zu verstecken; die nationalen Regierungen sind Eins gegenüber dem Proletariat!“⁴

Marx formuliert hier eine inzwischen durch die Geschichte immer wieder bestätigte Erkenntnis: Mit der Existenz einer sozialistischen Staatsmacht ändern sich die Beziehungen zwischen den bürgerlichen Ausbeuterstaaten. Nach wie vor bestehen zwischen ihnen Widersprüche, aber diese werden überdeckt und modifiziert durch ein gemeinsames Klasseninteresse, das sich 1871 ebenso gegen die Kommune gerichtet hat wie in den Interventionskriegen gegen die junge Sowjetmacht. Es ist das gleiche konterrevolutionäre Komplott, das sich heute unter der Führung des US-amerikanischen Imperialismus die Vernichtung der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder zum Ziele setzt.

Ich möchte im Folgenden auch unter diesem aktuellen Aspekt auf einige Seiten der 1871 zwischen Versailles und Berlin angezettelten reaktionären Verschwörung eingehen, deren erklärtes Ziel es war, den ersten Versuch des Proletariats zur Errichtung seiner politischen Herrschaft in einem Blutbad zu ersticken.

1. Die vertraglich zugesicherte Mitwirkung der deutschen Regierung bei der militärischen Liquidierung der Kommune war insbesondere im Zusammenhang mit den Bestimmungen des Friedensvertrages, der am 10. Mai in Frankfurt am Main abgeschlossen wurde, an die Öffentlichkeit gedrungen. In Wirklichkeit gab es jedoch darüber bereits wesentlich früher eine geheime Konvention zwischen der Versailler und der deutschen Regierung. Bezeichnend für den Klassencharakter dieses Geheimabkommens ist das genaue Datum seines Abschlusses: der 28. März 1871.

Eigentlich waren es zwei Ereignisse, die den 28. März 1871 zu einem der entscheidenden Tage in der verhältnismäßig kurzen Geschichte der Pariser Arbeiterrevolution werden ließen. Der Schauplatz des ersten Ereignisses war Paris. Seine historische Bedeutung bestand in der Proklamation der Kommune, der ersten im Ergebnis der revolutionären Erhebung vom 18. März vom Volke gewählten Arbeiterregierung. Schauplatz des zweiten Ereignisses, das den 28. März zu einem Schicksalstag für die Existenz der an diesem Tag proklamierten ersten „Regierung der Arbeiterklasse“ werden ließ, war das 160 km von Paris entfernte Rouen. Hier, im Amtssitz des Gene-

ralgouverneurs, des in Bismarcks Auftrag residierenden Alfred von Fabrice, fanden nach dem Aufstand in Paris die geheimen Verhandlungen zwischen der Versailler Regierung und den deutschen Besatzungsbehörden statt, deren Ziel die Vernichtung der Kommune war.

Des französischen Ministerpräsidenten, Adolphe Thiers, geheimer Plan zur Vernichtung der Pariser Arbeiterrevolution umfaßte nach Aussage eines seiner engsten Vertrauten, seines Außenministers Jules Favre, im wesentlichen die folgenden drei Punkte:

1. müsse man die eigene „kleine Armee wieder in einen ordentlichen Zustand versetzen“,
2. „ihren Bestand erhöhen, indem man von Preußen den Durchgang durch seine Linien für die Soldaten erreicht, die aus den Departements zu uns stoßen könnten, ohne die Zentren der Unruhen zu sehr zu entblößen, und vor allem“
3. „unverzüglich über die Herausgabe einer größtmöglichen Anzahl von Gefangenen verhandeln.“⁵

Und so geschah es dann auch. Sofort nach dem Ausbruch der Revolution am 18. März wurden täglich Briefe und Telegramme, offizielle Erklärungen und vertrauliche Mitteilungen zwischen Versailles und Rouen gewechselt. Außenminister Favre stand im engsten Kontakt mit Generalgouverneur von Fabrice, der Bismarck regelmäßig über die Wünsche der Versailler Regierung Bericht erstattete. Entsprechend den vom Reichskanzler erteilten Weisungen wurde fieberhaft an dem Komplott gegen die Kommune gearbeitet. Auch auf der militärischen Ebene gab es eine direkte Verbindung zwischen dem in Compiègne stationierten Oberkommando der III. Armee, dem die Paris im Norden und Osten belagernden deutschen Divisionen unterstanden, mit dem kaiserlichen Generalstab in Berlin. Bismarck erörterte mit dem Chef des Generalstabes, Hellmuth von Moltke, alle militärischen Maßnahmen, die sich für die deutschen Besatzungstruppen im Zusammenhang mit der Kommune ergaben. In allen wichtigen Entscheidungen wurde auch die Zustimmung Kaiser Wilhelm eingeholt.

Am 28. März kam es in Rouen zum Abschluß einer Konvention, die Generalgouverneur Fabrice im Namen des deutschen Kaisers, Minister Pouyer-Quertier und General Valdan im Namen der französischen Regierung unterzeichneten. Die Konvention von Rouen ermöglichte der Versailler Regierung den Aufbau einer konterrevolutionären Armee zur Vernichtung der Pariser Kommune.⁶ Die deutsche Regierung gestattete im Artikel 4 der Versailler Regierung in Abänderung der Bestimmungen des am 26. Februar abgeschlossenen Präliminarfriedens nicht nur die Verdoppelung der in und um Versailles konzentrierten Truppen, sondern leistete auch tätige Beihilfe bei der Realisierung dieses Vorhabens. Sie verpflichtete sich, die französischen Kriegsgefangenen in Lager jenseits der Loire zu entlassen und legte im Artikel 8 der Konvention ausdrücklich fest: „In Anbetracht der Dringlichkeit und der Notwendigkeit,

die Truppenkorps, die die 80000 Mann von Versailles komplettieren müssen, sofort zu reorganisieren, gibt die deutsche Behörde ihre Zustimmung, daß diese Truppen in den Städten Cambrai, Auxerre und Besançon konzentriert und von dort zur Armee von Versailles geführt werden.“⁷ In dem gleichen Sinne verpflichteten sich die deutschen Behörden im Artikel 9, die Aufstellung der Armee in Versailles nachdrücklich zu unterstützen: „Um die Bewegung der Truppen und deren schnellstmögliche Konzentration in Versailles zu erleichtern und zu beschleunigen, werden die deutschen Behörden Truppentransporten, die für diese Garnisonen bestimmt sind, den Vorzug geben.“⁸ Andererseits verpflichtete sich die französische Regierung, diese Armee nur gegen Paris einzusetzen, die deutschen Behörden über alle Truppenbewegungen zu unterrichten und vor allem, nach Artikel 5 der Konvention, spätestens 12 Tage nach ihrer Unterzeichnung, die Aufstellung der Truppen abzuschließen und die in Versailles konzentrierte Soldateska auf Paris loszulassen.

Nur mit dieser aktiven Unterstützung durch die preußisch-deutschen Besatzer konnte die Versailler Regierung den Tiefstand ihrer politischen, vor allem aber auch militärischen Lage überwinden. Die Trümmer der ihr nach dem Aufstand vom 18. März verbliebenen militärischen Macht wären, nach Marx' Worten, „bis zur Lächerlichkeit ungenügend gewesen, ohne die nach und nach eintreffenden imperialistischen Kriegsgefangenen, die Bismarck in Abschlagssendungen losließ, hinreichend einerseits, den Bürgerkrieg in Gang, und andererseits Versailles in kriechender Abhängigkeit von Preußen zu halten.“⁹ Die Konvention von Rouen vom 28. März 1871 schuf dafür die Voraussetzung. Sie war die von der deutschen und der französischen Regierung vertraglich fixierte Grundlage für das Bündnis der konterrevolutionären Kräfte in Deutschland und Frankreich zur Liquidierung der sich am gleichen Tag konstituierenden Kommune von Paris.

2. Die Konvention von Rouen widerspiegelt allerdings nur die eine Seite der Beziehungen zwischen der deutschen Regierung zu den aus Paris vertriebenen Machthabern in Versailles. Die andere Seite wurde charakterisiert durch die Widersprüche, die bei den Friedensverhandlungen offen zu Tage traten. An demselben 28. März, an dem in Paris die Kommune proklamiert und in Rouen die Konvention zu ihrer militärischen Liquidierung unterzeichnet wurde, an demselben 28. März begannen in Brüssel die Verhandlungen über den Abschluß des Friedensvertrages zwischen dem deutschen Kaiserreich und der französischen Republik.

In Rouen hatte man sich ungeachtet gegenseitiger Vorbehalte sehr schnell über eine gemeinsame Konvention zur Unterdrückung des Pariser Aufstandes verständigen können, weil die Vernichtung der Kommune den Interessen der französischen Bourgeoisie ebenso entsprach wie den Interessen der herrschenden Klassen in Deutschland. In Brüssel verfochten die Vertreter der deutschen und der französischen Regierung als Sieger und Besiegte diametral entgegengesetzte Interessen. In allen Punkten, in denen die Festlegungen des im Februar beschlossenen Präliminar-

friedens in konkrete Bestimmungen eines definitiven Friedensvertrages umgesetzt werden sollten, gab es Meinungsverschiedenheit. Das betraf nicht nur die Frage der Gebietsabtretungen, die Zahlung der von Deutschland geforderten Milliarden und die damit in Zusammenhang stehende etappenweise Räumung Frankreichs durch die deutschen Okkupationstruppen, sondern auch eine Reihe anderer Probleme, wie zum Beispiel die Entschädigung für die in französischem Privatbesitz befindliche Ostbahn in Elsaß-Lothringen oder die Regelung der Zollvereinbarungen für die vor allem in Mühlhausen ansässige Textilindustrie.

Während die französische Seite besonderen Wert auf eine ausführliche Erörterung aller strittigen Fragen sogar im Detail legte, drängten Bismarck und seine Unterhändler auf Anerkennung ihrer Bedingungen binnen kürzester Frist. Die französische Regierung wünschte durch längere Verhandlungen eine für sie günstigere Interpretation der Bestimmungen des Präliminarfriedens zu erreichen. Sie hoffte dabei zugleich auf eine Unterstützung durch andere europäische Mächte, die dem Machtzuwachs des preußisch-deutschen Reiches durchaus nicht gewogen waren.

Dagegen setzte Bismarck alle Mittel des politischen, finanziellen und auch militärischen Drucks ein, um bei den Friedensverhandlungen die Ansprüche der herrschenden Klassen in Deutschland gegenüber Frankreich durchzusetzen. Von der Position der Stärke gegenüber dem besiegten Gegner beutete Bismarck skrupellos die innenpolitische Schwäche der französischen Regierung aus. Er forderte unentwegt eine Erhöhung der finanziellen Beiträge für den Unterhalt der deutschen Besatzungstruppen, bestand auf immer neuen Zugeständnissen für die vorzeitige Entlassung französischer Kriegsgefangener, drohte mit dem Abbruch der Friedensverhandlungen und schreckte sogar davor nicht zurück, den Krieg gegen Frankreich erneut zu beginnen, wenn dieses seine Bedingungen nicht akzeptiere.

Nachdem sich innerhalb weniger Wochen die Beziehungen zwischen der deutschen und der französischen Regierung immer weiter zugespitzt hatten, ließ Bismarck den französischen Außenminister am 27. April von folgender in Absprache mit Moltke und dem Kaiser getroffenen Entscheidung in Kenntnis setzen: „Solange die bisher fällig gewordenen Verpflichtungen Frankreichs bezüglich der Zahlungen und der Gefangenen nicht effektiv erfüllt sind und solange die vorstehenden Zweifel an den Intentionen der französischen Regierung bezüglich der Auslegung des Präliminarfriedens und des Abschlusses des definitiven Friedens nicht beseitigt sind, muß ich Seiner Majestät von jeder weiteren Unterstützung der Versailler Regierung abraten und *kann* statt einer solchen nur die sofortige Aufforderung an die französische Regierung empfehlen, ihre Truppen auf das vertragsmäßige Verhältnis zu reduzieren oder die Erneuerung der Feindseligkeiten zu gewärtigen.“¹⁰

Mit diesem Bescheid wurde die französische Regierung ultimativ vor die Entscheidung gestellt, sich entweder bedingungslos den Forderungen Bismarcks zu beugen oder auf die Unterstützung Preußen-Deutschlands bei der Eroberung von Paris zu

verzichten. Bismarcks Forderungen beinhalteten in der Tat auf einen kurzen Nenner gebracht erstens den Abbruch der Friedensverhandlungen in Brüssel, zweitens die Aufkündigung der Konvention von Rouen und drittens die Androhung, den Krieg gegen Frankreich erneut aufzunehmen. Diesem Druck zeigte sich die französische Regierung nicht gewachsen und kapitulierte de facto zum zweitenmal vor dem siegreichen preußisch-deutschen Eroberer.

Derart in die Enge getrieben, versuchte Favre, wenn auch vergeblich, sich Bismarck gegenüber zu behaupten, indem er ihn wissen ließ, daß die Versailler Regierung nach wie vor den Präliminarfrieden als Grundlage für den Friedensschluß anerkenne, daß sie aber im Gegenzug von der deutschen Regierung eine aktive Mitwirkung bei der Niederschlagung der Kommune verlange. Sollte sich Deutschland dieser Forderung versagen, dann würde seine „Regierung wenigstens en face de l'Europe sagen können, daß sie ihre Pflicht nach besten Kräften getan, daß aber Deutschland sie hindere, die Insurrektion in wirksamer Weise zu bekämpfen. Er, Favre, sei am Ende seiner Mittel, man müsse wissen, ob Preußen die Regierung oder die Commune begünstigen wolle.“¹¹

Gewiß befand sich der französische Außenminister nicht in der Position, um damit Bismarck einzuschüchtern oder gar umzustimmen, aber sein Hinweis, daß der Kanzler zur Durchsetzung seiner Ziele ein doppeltes und sogar vom Standpunkt seiner Klasse keineswegs ehrenhaftes Spiel treibe, war durchaus nicht aus der Luft gegriffen.

3. Ich komme damit zu einem dritten Punkt in der Strategie und Taktik der herrschenden Klassen: den Versuchen Bismarcks, die Kommune für seine Ziele zu mißbrauchen. „Zwischen Preußen und der Kommune von Paris war kein Krieg. Im Gegenteil, die Kommune hatte die Friedenspräliminarien angenommen und Preußen hatte seine Neutralität erklärt. Preußen war also keine kriegführende Partei. Es handelte als Bravo; als feiger Bravo, weil es keinerlei Gefahr auf sich lud; als gemietheter Bravo, weil es im Voraus die Zahlung seines Blutgeldes von 500 Millionen von dem Fall von Paris abhängig machte.“¹² Mit diesen Worten geißelte Marx die perfide Rolle, die preußische Junker und Militaristen in den blutigen Kämpfen zwischen dem revolutionären Paris und dem konterrevolutionären Versailles übernommen hatten. Vor der Öffentlichkeit beteuerten sie Neutralität gegenüber den streitenden Parteien, versicherten Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten Frankreichs, hinter den Kulissen unterstützten sie jedoch mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln die Versailler Regierung, drängten diese zu einem noch schärferen Vorgehen gegen die Kommune und wären nur allzu gern dabei gewesen, sich an der militärischen Eroberung der französischen Hauptstadt aktiv zu beteiligen.

Das Zentralkomitee der Nationalgarde in Paris hatte unmittelbar nach der Vertreibung der bürgerlichen Regierung schon in seiner ersten Sitzung am 19. März den Beschluß gefaßt, den Präliminarfrieden anzuerkennen. Von entscheidender Bedeutung

für die militärischen Operationen zur Verteidigung von Paris war der Besitz der Forts auf dem rechten Ufer der Seine. So lange sie sich in den Händen der preußisch-deutschen Besatzungsarmee befanden und diese sich neutral verhielt, ging vom Norden und Osten der Stadt keine akute Bedrohung aus. Da jedoch im Präliminarfrieden vereinbart war, daß die Räumung der Forts nach der Zahlung der ersten halben Milliarde der Kriegskontributionen erfolgen sollte, ergab sich für den Rat der Kommune die Frage, wer in einem solchen Falle die Forts auf dem rechten Seineufer besetzen würde.

Verhandlungsangebote der Kommune waren zunächst nicht beantwortet worden. Nachdem jedoch Bismarck die Friedensverhandlungen in Brüssel bis an den Rand eines neuen Konflikts getrieben hatte, sollte jetzt die Versailler Regierung durch Separatverhandlungen mit der Kommune noch zusätzlich unter Druck gesetzt werden. Am 26. April kam es auf Weisung Bismarcks in den Kasematten des von den Preußen besetzten Forts Aubervilliers zu einer Unterredung zwischen dem Legationsrat Fritz von Holstein, der in späteren Jahren als die graue Eminenz des Auswärtigen Amtes in Berlin noch von sich reden machen sollte, und dem Kriegsminister der Kommune Cluseret.

Cluseret erklärte sich im Auftrag der Kommune bereit, an die deutsche Regierung 500 Millionen Francs zu zahlen, wenn sich die deutschen Truppen nicht an der Absperrung und der damit verbundenen Aushungerung von Paris beteiligen würden. Ferner erwarte man, daß die von deutschen Truppen besetzten Forts nicht an die Versailler übergeben werden. Und schließlich verband Cluseret damit die Hoffnung, daß Deutschland bei Einhaltung strikter Neutralität als Vermittler zwischen Versailles und Paris auftreten könnte. Gleichzeitig vermittelte Cluseret seine persönlichen kleinbürgerlich-vulgärsozialistisch gefärbten Auffassungen über die Kommune, indem er feststellte, daß die Revolution in Paris eine ausschließlich kommunale Bewegung wäre, deren Ziel einzig und allein „die absolute kommunale Befreiung der Stadt Paris“ sei. Andere Städte Frankreichs würden dem Beispiel von Paris folgen und „anstatt die Vereinigten Staaten von Amerika werden sie die vereinigten Kommunen von Frankreich“ sein.¹³

Der Bericht Holsteins über die Aussprache mit Cluseret faszinierte Bismarck derart, daß er sofort einen Plan entwickelte, der an Raffinesse kaum zu überbieten war und faktisch auf eine Spaltung der Kommune hinauslief. Die Erklärungen Cluserets über die Ziele der Kommune ließen Bismarck zu dem Schluß kommen, daß die Forderung nach kommunaler Selbstverwaltung in der Art der preußischen Städteordnung akzeptabel wäre, „wenn nicht etwa weiteres kommunistisches Beiwerk damit verknüpft ist.“¹⁴ Und genau an dieser Stelle witterte Bismarck eine Chance, zwischen die Führung der Kommune einen Keil zu treiben, denn „vielleicht lassen sich die verständigen kommunalen Bestrebungen von denen der internationalen Revolution trennen.“¹⁵

Aber Bismarcks Plan ging noch weiter. Nach Ausschaltung der revolutionären Kräfte sollte mit der sogenannten gemäßigten Gruppe und mit der Versailler Regie-

zung ein Übereinkommen darüber erzielt werden, daß sich Paris selbst entwaffnet und von preußischen Truppen besetzt wird. Mit dem dringenden Hinweis, sich in dieser Lage jeder Parteinahme gegen Paris zu enthalten, stellte Bismarck in seiner Instruktion für die weiteren Verhandlungen mit der Kommune ausdrücklich fest: „Kommen wir dabei zu dem Resultat, daß wir mit Zustimmung beider französischen Parteien Paris besitzen, die communale Unabhängigkeit bis zu freier Verständigung der Franzosen unter sich gewährleisten und den innern Frieden Frankreichs mit hoher Hand vermitteln, so stehen wir uns meines Erachtens günstiger als jetzt und gewinnen neue Bürgschaften gegen die unredlichen Bestrebungen von Versailles.“¹⁶

Zu weiteren Verhandlungen mit der Kommune sollte es nicht mehr kommen. Bismarcks Plan scheiterte sowohl an seinem eigenen Unvermögen, den proletarischen Charakter der revolutionären Erhebung in Paris zu begreifen, als auch an der Wachsamkeit des Exekutivkomitees. Cluseret wurde am 30. April verhaftet, weil er im Verdacht stand, Paris an die Versailler Regierung zu verraten. Damit war binnen weniger Tage Bismarcks Hoffnung, durch die Spaltung der Kommune sich zu ihrem Bezwiner und damit zum obersten Schiedsrichter zwischen Paris und Versailles aufzuspielen, zusammengebrochen. Allerdings haben die in Versailles kursierenden Gerüchte über Verhandlungen mit der Kommune nicht unwesentlich dazu beigetragen, die französische Regierung gegenüber den Forderungen der preußisch-deutschen Erobrerer gefügig zu machen.

4. Die dramatische Entwicklung in den Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich gegen Ende April und Anfang Mai 1871 charakterisierte Karl Marx, in London an seiner Adresse „Der Bürgerkrieg in Frankreich“ arbeitend, mit der Feststellung, daß nunmehr „der langerwartete Augenblick zum entscheidenden Auftreten für Bismarck gekommen“ war. Dieser „befahl Thiers im Herrscherton, unverzüglich Bevollmächtigte für den endgültigen Friedensschluß nach Frankfurt zu senden. In demüthigem Gehorsam gegen den Ruf seines Herrn und Meisters, beeilte sich Thiers, seinen bewährten Jules Favre, unterstützt von Pouyer-Quertier abzuschicken.“¹⁷

Bismarck kam mit einem Ultimatum in der Tasche nach Frankfurt am Main, das er am 7. Mai den französischen Unterhändlern verkündete: Da die Versailler Regierung trotz der ihr gewährten Unterstützung bisher nicht in der Lage gewesen wäre, sich Paris zu unterwerfen und auch bei den Friedensverhandlungen in Brüssel bisher keinerlei Fortschritte erreicht werden konnten, müsse die deutsche Regierung darauf bestehen, daß es erstens zum Abschluß eines Friedensvertrags komme und zweitens, daß die deutschen Truppen auch nach der Ratifizierung des Friedensvertrages vor Paris stationiert bleiben müßten. Sollte die französische Regierung diese Bedingungen nicht akzeptieren, würde „sich Deutschland vor allem das Recht vorbehalten, von seiner Seite aus gegen den irregulären Stand der Dinge zu intervenieren, der in Paris existiert“¹⁸ und der Versailler Armee befehlen, sich hinter die Loire zurückzuziehen.

Favre erklärte sich im Einverständnis mit Thiers bereit, sich den Forderungen Bismarcks zu unterwerfen und sofort in Friedensverhandlungen einzutreten. Solche Streitfragen wie zum Beispiel die Zahlungsfristen für die Kriegskontributionen, die Festlegung des Grenzverlaufs oder die Regelung der Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Frankreich, über die man in Brüssel im Verlaufe von sechs Wochen keine Einigung erzielen konnte, wurden in Frankfurt unter dem Demoklesschwert der Bismarckschen Drohung binnen dreier Tage entsprechend den Bedingungen des auf seine militärische Überlegenheit pochenden Siegers entschieden. Schon am 7. Mai telegraphierte Bismarck nach Berlin: „Wir verbleiben in den Forts vor Paris, unabhängig von Zahlung und Frieden, bis Ordnung in Frankreich uns gesichert scheint.“¹⁹

Damit wurde von der Versailler Regierung, wie Marx feststellte, „Preußen als höchster Schiedsrichter in den inneren Angelegenheiten Frankreichs anerkannt“.²⁰ Die weitgehenden Zugeständnisse der Versailler Regierung waren der Preis für die konkreten Zusagen der deutschen Regierung bei der Niederschlagung der Kommune. Während der Beratungen in Frankfurt stand Bismarck in einem ständigen Kontakt mit Generalstabschef Moltke. Er informierte ihn täglich über den Stand der Verhandlungen und unterrichtete ihn insbesondere über die Wünsche seiner Verhandlungspartner hinsichtlich der von ihnen erwarteten militärischen Unterstützung. „Kommt der Abschluß zu Stande“, telegraphierte Bismarck am 8. Mai, „so wird es unser Interesse sein, auf schnellere Einnahme von Paris nach allen Kräften hinzuwirken.“²¹

Schon am nächsten Tag hatte Bismarck einen detaillierten Plan des Generalstabs in den Händen, in welchem dem Oberkommando der III. Armee vor Paris folgender Befehl erteilt wurde: „Abschluß des Definitivfriedens steht nahe bevor, wobei wir Mitwirkung bei Unterwerfung von Paris vertraulich zusagen.“²² Im einzelnen wurde die Vorbereitung folgender militärischer Maßnahmen angeordnet:

1. die Absperrung *aller* Verbindungen von und nach Paris;
2. die Mitteilung an die Kommune, daß eine Bewaffnung der Stadtmauer im Norden und Osten als ein Angriff auf die Sicherheit der deutschen Truppen angesehen und unter keinen Umständen geduldet werden wird;
3. den Versailler Truppen zum Angriff auf Paris den Durchmarsch durch die deutschen Linien zu gestatten;
4. auf Ersuchen der Versailler Regierung werden die deutschen Truppen die Stadtmauer mit Artilleriefeuer belegen;
5. sollte der Angriff der Versailler Truppen mißlingen, werden diese durch die eigenen Linien durchgelassen, dagegen ist „ein Nachdrängen der Pariser Truppen aber mit allen Waffen zurückzuschlagen“.²³

Darüber hinaus machte Moltke großzügige Angebote zur weiteren personellen Verstärkung der Versailler Armee: „Gewährung von 20000 Gefangenen für Algier und weiteren 30000 bis 40000, selbst 60000 Mann für die Südstädte erachten Seine

Majestät für unbedenklich. Überweisung kann in kürzester Frist erfolgen, sobald spezielle Anträge über Lieferungsorte durch Französisches Gouvernement eingehen“²⁴. Diese Nachricht Moltkes traf am 9. Mai in Frankfurt ein — in den Vormittagsstunden des 10. Mai unterzeichneten Jules Favre und die anderen Mitglieder seiner Delegation den Friedensvertrag mit Deutschland.

Nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages begann die Phase der direkten Zusammenarbeit zwischen den militärischen Kommandostellen in Versailles und den preußisch-deutschen Besatzungstruppen. Schon am 11. Mai fand in Soisy eine Konferenz unter der Leitung der Generalstabschefs statt. General Borel, Stabschef des Marschall Mac Mahon gab den deutschen Offizieren einen Bericht zur Lage und entwickelte den in Versailles ausgearbeiteten militärstrategischen Plan zur Eroberung der französischen Hauptstadt. General von Schlotheim, Generalstabschef der III. preußisch-deutschen Armee, erläuterte die auf Moltkes Anweisung vorgesehenen Maßnahmen zur Unterstützung der Versailler Armee. Darüber hinaus vermittelte er Informationen über die militärische Stärke der Kommune, die für die Versailler so wichtig waren, daß sie eine Reihe von Änderungen in den Angriffsoperationen zur Folge hatten.

Am 14. Mai wurden von Berlin aus weitere Truppenkonzentrationen im Raum von Paris angeordnet. Nachdem die Versailler am 21. Mai in die Stadt eingedrungen waren, wurden in der Nacht zum 22. Mai alle Maßnahmen zur vollständigen Absperrung von Paris in Kraft gesetzt, Eisenbahn- und Telegrafennetze unterbrochen, der Verkehr auf den Straßen und der Seine gesperrt, niemand durfte die Stadt verlassen oder betreten. Als am 22. Mai General Dombrowski — schwerverwundet auf den Barrikaden der Kommune — anfragen ließ, ob er die preußischen Linien passieren dürfe, wurde er abschlägig beschieden. Der Divisionskommandeur General von Pape reagierte angesichts der Metzelerien der Versailler Soldateska in den Straßen von Paris voller Genugtuung auf den Brief Dombrowskis mit der lakonischen Bemerkung: „Mag er hängen.“²⁵

Vom Friedensvertrag in Frankfurt führt die Blutspur zur Mauer der Föderierten in Paris. Zwei Tage nachdem die letzte Barrikade in Paris gefallen war, erhob Karl Marx vor den Mitgliedern des Generalrats seine Stimme gegen die Mörder der Kommune, indem er feststellte: „Daß nach dem gewaltigsten Krieg der neueren Zeit, die siegreiche und die besiegte Armee sich verbünden zum gemeinsamen Abschlichten des Proletariats — ein so unerhörtes Ereigniß beweist, nicht wie Bismarck glaubt, die endliche Niederdrückung der sich emporarbeitenden neuen Gesellschaft, sondern die vollständige Zerbröckelung der alten Bourgeoisgesellschaft... Nach Pfingstsonntag 1871 kann es keinen Frieden und keine Waffenruhe mehr geben zwischen den Arbeitern Frankreichs und den Aneignern ihrer Arbeitserzeugnisse. Die eiserne Hand einer gemietheten Soldateska mag beide Klassen, für eine Zeitlang, in gemeinsamer Unterdrückung niederhalten. Aber der Kampf muß aber und abermals ausbrechen, in stets

wachsender Ausbreitung, und es kann kein Zweifel sein, wer der endliche Sieger sein wird — die wenigen Aneigner, oder die ungeheure arbeitende Majorität. Und die französischen Arbeiter bilden nur die Vorhut des ganzen modernen Proletariats.“²⁶

Anmerkungen

- 1 Bei dem folgenden Beitrag handelt es sich um das Resümee eines Artikels, der sich mit der Marxschen Analyse der von den herrschenden Klassen bei der Niederschlagung der Pariser Kommune entwickelten Strategie und Taktik beschäftigt und 1986 im „Marx-Engels-Jahrbuch“ veröffentlicht wird.
- 2 MEGA² I/22, Berlin 1978, S. 204/205.
- 3 Ebenda, S. 222.
- 4 Ebenda.
- 5 Jules Favre: *Gouvernement de la Défense Nationale*, Paris 1875, S. 242.
- 6 Der Vertrag wurde dem Oberkommando der deutschen Besatzungstruppen zugestellt und 1897 in französischer Originalfassung veröffentlicht (Moltkes Militärische Korrespondenz. Aus den Dienstschriften des Krieges 1870/71. Herausgegeben vom Großen Generalstabe, Abtheilung für Kriegsgeschichte. Dritte Abtheilung. Waffenstillstand und Friede, Berlin 1897, S. 676–678).
- 7 Ebenda, S. 677.
- 8 Ebenda, S. 678.
- 9 MEGA² I/22, S. 213.
- 10 Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871–1914, Bd. 1: Der Frankfurter Friede und seine Nachwirkungen 1871–1877, Berlin 1922, S. 30.
- 11 Hans Goldschmidt: *Bismarck und die Friedensunterhändler 1871*, Berlin 1929, S. 112.
- 12 MEGA² I/22, S. 221/222.
- 13 Gustave-Paul Cluseret: *Mémoires du Général Cluseret*, Tome second, Paris 1887, S. 3, 14.
- 14 Hans Goldschmidt: *Bismarck und die Friedensunterhändler 1871*, S. 107.
- 15 Ebenda, S. 107/108.
- 16 Ebenda, S. 108.
- 17 MEGA² I/22, S. 215/216.
- 18 Jules Favre: *Gouvernement de la Défense Nationale*, S. 361.
- 19 Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871–1914, S. 35.
- 20 MEGA² I/22, S. 216.
- 21 Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871–1914, S. 37.
- 22 Moltkes Militärische Korrespondenz, S. 722.
- 23 Ebenda.

- 24 Ebenda.
25 Albert Holleben: Die Pariser Kommune 1871 unter den Augen der deutschen Truppen, Berlin 1897, S. 253.
26 MEGA² I/22, S. 222.

Henry Weigel/Norbert Liebsch

Zur Textgeschichte der „Inauguraladresse“

Die „Inauguraladresse der Internationalen Arbeiterassoziation“ fand seit ihrer Erstveröffentlichung vor nunmehr 120 Jahren in vielen Ländern unseres Erdballs eine weite Verbreitung.¹ In Band I/20 der MEGA werden erstmals alle autorisierten Fassungen der Gründungsadresse der IAA in englischer, deutscher und französischer Sprache gleichzeitig in einem Band veröffentlicht. Zu diesen Fassungen werden zudem Variantenverzeichnisse und Übersetzungsvergleiche dargeboten. So entsteht ein vollständigeres und genaueres Bild von der gesamten autorisierten Textentwicklung dieses bedeutenden programmatischen Dokuments der internationalen Arbeiterbewegung. Dies kann hier nur durch einige kurze und vorläufige Bemerkungen verdeutlicht werden.

1. Zur englischen Fassung

Am 24. November 1864 erschien in London eine kleine 16 Seiten umfassende Broschüre mit dem Titel „Address and Provisional Rules of the Working Men's International Association...“². Sie enthielt die erste vollständige und autorisierte Fassung der Gründungsadresse der IAA. Diese Fassung wird in Band I/20 der MEGA Grundlage für den Edierten Text der englischen Fassung der „Inauguraladresse“ sein. Die Broschüre war zunächst das wichtigste Agitationsmittel des Zentralrats der IAA. Ihre Verbreitung war keineswegs nur auf Großbritannien beschränkt, sondern dank Marx gelangte sie in die Hände von Arbeiterfunktionären mehrerer Länder des europäischen Kontinents sowie der USA.³ Während der Vorbereitung des Genfer Kongresses der IAA wurde eine Nachauflage erforderlich, die im August 1866 erschien.⁴ Diese beiden Fassungen der „Inauguraladresse“, die nur minimale Unterschiede aufweisen, wurden zur Grundlage für weitere englische Fassungen sowie für Übersetzungen.

Interesse für die weitere Erforschung des Entstehungsprozesses der „Inauguraladresse“⁵ verdienen jedoch auch vier frühere Fassungen, die erstmals umfassend in Band I/20 der MEGA berücksichtigt werden. Zum einen handelt es sich um zwei Manuskripte, das eine niedergeschrieben durch Marx' Tochter Jenny, das andere durch